

Zehntausende protestieren in Griechenland nach fatalem Zugunglück

Hunderte Tausende protestieren in Griechenland zwei Jahre nach dem tödlichen Zugunglück. Forderungen nach Gerechtigkeit und Sicherheitsreformen stehen im Mittelpunkt der landesweiten Streiks und Demonstrationen.



Am Freitag versammelten sich Hunderttausende von Menschen in Städten und Dörfern in Griechenland, um Gerechtigkeit zu fordern und an den zweiten Jahrestag des bislang schwersten Zugunglücks des Landes zu erinnern. Streikende Arbeiter legten den Flugverkehr lahm und stoppten den Seeverkehr sowie den Zugbetrieb.

Das Zugunglück in Griechenland

Am 28. Februar 2023 kamen bei einer Kollision eines mit Studenten besetzten Personenzuges mit einem Güterzug in der Nähe der Tempischlucht in Zentralgriechenland 57 Menschen ums Leben.

Fehlende Sicherheitsmaßnahmen

Zwei Jahre später wurde in einer Untersuchung festgestellt, dass die Sicherheitsdefizite, die zu dem Unglück führten, immer noch bestehen. Eine getrennte strafrechtliche Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen, und es wurde bisher niemand für den Vorfall verurteilt.

Massendemos im ganzen Land

In Dutzenden von Städten im ganzen Land waren Massenproteste geplant. Alle internationalen und inländischen Flüge wurden gestrichen, da die Fluglotsen sich den Seefahrern, Lokführern, Ärzten, Anwälten und Lehrern in einem 24-stündigen Generalstreik anschlossen, um den Opfern des Unglücks zu gedenken. Viele Geschäfte blieben geschlossen und Theater sagten ihre Aufführungen ab.

Proteste in Athen

Bereits am frühen Morgen hatten sich zehntausende Menschen auf dem Syntagma-Platz im Zentrum Athens versammelt, beobachtet von Polizisten in Einsatzkleidung. Ein Schild lautete: „Regierung der Mörder.“ Die Mitte-rechts-Regierung von Premierminister Kyriakos Mitsotakis, die nach dem Unglück 2023 wiedergewählt wurde, sieht sich wiederholter Kritik von Angehörigen der Opfer ausgesetzt, weil sie es versäumt hat, eine parlamentarische Untersuchung zur politischen Verantwortung einzuleiten.

Öffentliche Meinung und Regierungsbashing

Die Regierung weist jegliches Fehlverhalten zurück und betont, dass es an der Justiz sei, den Vorfall zu untersuchen. Die Proteste am Freitag spiegelten die wachsende Wut über die Katastrophe in Griechenland wider, wo das Misstrauen gegenüber der Regierung nach der Schuldenkrise von 2009 bis 2018 weit verbreitet ist, in deren Verlauf Millionen von Menschen auf Löhne und Pensionen verzichten mussten und die öffentlichen Dienstleistungen unterfinanziert waren.

„Die Regierung hat nichts unternommen, um Gerechtigkeit zu erreichen“, sagte Christos Main, 57, ein Musiker bei der Kundgebung in Athen. „Das war kein Unfall, es war Mord“, fügte er hinzu.

Der Ausdruck der Trauer und Wut

Eine weitere Demonstrantin, die sich Evi nannte, erklärte, sie sei gekommen, um der Verstorbenen zu gedenken: „Aber auch, weil die Regierung versucht hat, die Dinge zu vertuschen.“ Die Namen der Getöteten waren in roter Farbe auf den Boden vor dem Parlamentsgebäude gesprüht worden. In den Vororten von Athen machten Gruppen jeden Alters ihren Weg ins Stadtzentrum und hielten Plakate mit der Aufschrift „Ich habe keinen Sauerstoff“ hoch, ein Slogan der Proteste, der die letzten Worte einer Frau nachahmt, die den Notdienst kontaktiert hatte. Viele Schüler erschienen zum Unterricht in schwarzer Kleidung, ein Symbol der Trauer. Andere hielten schwarze Ballons in den Händen.

Regierungshandeln und politische Verantwortung

In einem Facebook-Beitrag am Freitag erklärte Mitsotakis, seine Regierung werde daran arbeiten, das Eisenbahnnetz zu modernisieren und sicherer zu machen. „In dieser Nacht sahen wir das hässlichste Gesicht des Landes im nationalen Spiegel“, schrieb er über die Nacht des Unglücks. „Fatale menschliche

Fehler trafen auf chronische staatliche Unzulänglichkeiten.“

Die Oppositionsparteien haben die Regierung beschuldigt, Beweise zu vertuschen, und gefordert, dass sie zurücktritt. In der kommenden Woche wird im Parlament erwartet, dass über die Einrichtung eines Ausschusses zur Untersuchung möglicher politischer Verantwortlichkeiten in der Katastrophe debattiert wird. In einer Umfrage, die diese Woche von der Meinungsforschungsagentur Pulse durchgeführt wurde, gaben 82 % der befragten Griechen an, dass der Zugunfall „eine der wichtigsten“ oder „die wichtigste“ Angelegenheit im Land sei, und 66 % waren mit den Untersuchungen zu dem Vorfall unzufrieden.

Solidarität unter den Eltern

In Athen skandierten die Studenten: „Text me when you get there“ – die letzte Nachricht, die viele Angehörige der Opfer ihnen schickten. „Wir sind hier, weil wir Eltern sind... morgen könnte es unsere Kinder sein“, sagte Litsa, eine 45-jährige Krankenschwester.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at